

Anselm Doering-Manteuffel
Lutz Raphael

Nach dem Boom

Perspektiven auf die Zeitgeschichte
seit 1970

3. Auflage

Vandenhoeck & Ruprecht



Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom

Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael

Nach dem Boom

Perspektiven auf die Zeitgeschichte
seit 1970

3., ergänzte Auflage

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-30013-8

© 2012, 2008, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
Internet: www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile
sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen
als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf
der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile
dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages
öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch
bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke.
Printed in Germany

Satz: KCS GmbH, Buchholz/Hamburg
Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Nach dem Crash	
Vorwort zur 2. Auflage	7
Einleitung zur 1. Auflage	25
Zeitgeschichte als Problemgeschichte	25
Arbeitshypothesen für eine Zeitgeschichte nach dem Boom . . .	30
Kapitel 1: Strukturbruch und gesellschaftlicher Wandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts	33
Die Entstehung der Nachkriegsordnung	33
Die Planung des Fortschritts und das Paradigma der Modernisierung	39
Sozialliberale Reformpolitik als Signum der 1970er Jahre	45
Gegenkräfte und Alternativen	48
Vom Niedergang der Traditionsindustrien zur Krise der »Arbeitsgesellschaft«	52
Die Eigendynamik des Wohlstands	60
Vom Staat zum Markt, von der Gesellschaft zum Individuum .	63
Mensch und Mikrochip im neuen Zeitalter des globalen Kapitalismus	71
Kapitel 2: Sozialwissenschaftliche Diagnosen des Wandels	75
»Modernisierung«: Evolutionäre Programme für die westlichen Gesellschaften im Wachstum	78
Postindustrielle Gesellschaft und Wertewandel: Begrifflichkeiten der 1970er Jahre	79
Risikogesellschaft und reflexive Modernisierung	85
Postmoderne und radikale Gegenwartskritik	90

»Neue Mitte« und »Dritter Weg«: Die Aufhebung des Links-Rechts-Gegensatzes	94
Von der »Struktur« zum »Netzwerk«: Die Informationsgesellschaft im digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus	98
Beschleunigung, Flexibilität und flüchtige Moderne	102
Kapitel 3: Zeithistorische Perspektiven	108
Zeitgeschichte als »histoire totale«	109
Etablierte Forschungsfelder	111
1. Die vergleichende Politikgeschichte Westeuropas seit den 1960er Jahren	111
2. Ausbau und Umbau der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten	112
3. Neue Armut und Krise des sozialen Zusammenhalts	114
4. Begleiterscheinungen und Folgen der Arbeitsmigration in Westeuropa	115
Neue Themen einer Zeitgeschichte nach dem Boom	118
1. Industrieunternehmen und industrielle Produktion	118
2. Infrastrukturen der Wissensgesellschaft	121
3. Konsum, Konsumgesellschaft, Konsumentengesellschaft ...	123
4. Geschlechterordnungen und Körperbilder	127
5. Sinnsuche in neuen Erwartungshorizonten	130
6. Umbrüche in der Zeitdiagnose	132
7. Wandel von Leitbegriffen	134
Anmerkungen	139

Nach dem Crash

Vorwort zur 2. Auflage

Als wir das Typoskript im Sommer 2008 abschlossen, war der Crash des Finanzmarkts noch nicht in Sicht. Ein halbes Jahr später hatte er solche Ausmaße angenommen, daß er mit der Weltwirtschaftskrise am Beginn der 1930er Jahre verglichen wurde. Bei einigen Lesern konnte der Eindruck entstehen, als gehe gerade jetzt die Epoche zu Ende, deren Eigenart wir zu beschreiben versuchten. Im Mai 2010 erscheint es jedoch immer weniger wahrscheinlich, daß mit der Krise von 2008/09 die Zeit »nach dem Boom« ihrerseits abgeschlossen sein könnte. Weder ist es nach den international koordinierten Rettungsaktionen der Regierungen und Notenbanken zugunsten »systemrelevanter« Banken zu einer international wirksamen Regulierung der Finanzmärkte gekommen, noch sind die weiteren strukturellen Ursachen, die zur Weltfinanzkrise führten, außer Kraft gesetzt worden. Vielmehr scheint es so, als bewegten sich die Dinge in der bisherigen Bahn weiter. Skeptische Ökonomen fürchten einen erneuten Zusammenbruch des Weltfinanzsystems etwa im Jahr 2015.¹

Historiker indessen haben keine Kompetenz, gegenwärtiges Geschehen in die Zukunft hochzurechnen. Ihre Aufgabe besteht darin, das Gewordene durchschaubar zu machen und die Entstehungsbedingungen zu erklären. Von heute, Frühjahr 2010, aus gesehen, geht die Entwicklung in ähnlicher Form weiter, wie wir sie 2008 einschätzten. Eines indessen hat sich deutlich verändert. Die historisch-politische Literatur zum Themenkomplex »nach dem Boom« ist kritischer geworden, denn die Auswirkungen, die Kosten der Entwicklung in den zurückliegenden drei Jahrzehnten, nicht nur das Geschehen selbst, geraten inzwischen deutlicher ins Blickfeld. Wir möchten in diesem Vorwort die Thesen unseres Ansatzes noch einmal knapp skizzieren, um uns dann mit den Argumenten der Kritik auseinanderzusetzen und die thematischen Schwerpunkte in der neueren Literatur anzudeuten.

I.

Wir arbeiten mit der These, daß die Herausbildung des digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus die wichtigste und wirkmächtigste Kraft innerhalb des komplexen Wandlungsgeschehens bildet, das seit vier Jahrzehnten zu beobachten ist. Damit haben wir entschieden für eine stärkere Beachtung politökonomischer und sozialökonomischer Zusammenhänge in der zeitgeschichtlichen Erforschung dieses Zeitraums plädiert. Das ist von den Rezensenten überwiegend begrüßt, zugleich aber mit der Forderung verbunden worden, einen solchen Anspruch empirisch und begrifflich auch einzulösen. Anderthalb Jahre später ist es noch zu früh, eine Zwischenbilanz ziehen zu wollen. Aber bereits jetzt wird erkennbar, daß eine ganze Reihe neuer Studien und Forschungsprojekte sich der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte der 1970er und 1980er Jahre zuwendet. Der zeitgleich mit diesem Essay publizierte Aufsatzband von Morten Reitmayer und Ruth Rosenberger »Unternehmen am Ende des goldenen Zeitalters« etwa öffnet eine weite Perspektive auf die Zusammenhänge zwischen den Umbrüchen auf betrieblicher Ebene, den Veränderungen im Feld der Wirtschaftspolitik sowie dem Wandel von Leitbildern und Semantiken unternehmerischen Handelns. Im Ergebnis betonen die Studien den Veränderungsdruck, aber auch die Entwicklungsdynamik, die in den 1970er Jahren für Unternehmen, ihre Strategien und vor allem für die Leitbilder ihrer Manager und Leiter charakteristisch war.² Ein für den Herbst 2010 angekündigter Band erweitert das Feld der Untersuchungen um den Blick auf die Gewerkschaften und Tarifbeziehungen.³

Wir sehen in diesen Neuansätzen eine Bestätigung unserer Ausgangshypothese, daß ein weit gespannter politökonomischer Problemhorizont und ein darauf bezogener Erklärungsansatz erforderlich sind, um der wachsenden Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Politik und der zunehmenden Verflechtung von Märkten über politische Grenzen hinweg gerecht zu werden. Unsere politökonomische Ausgangsthese zielt jedoch auch darauf, die Wahlverwandtschaften und Verstärkereffekte in den Blick zu nehmen, die gerade seit den 1970er Jahren mit der Verbreitung marktförmiger ökonomischer Denkmodelle beziehungsweise marktorientierter Ordnungsvorstellungen weit jenseits von Industrie, Handel, Gewerbe oder Finanzen verbunden sind.

Nochmals ist an den Ansatz unserer Interpretation zu erinnern, wonach in der neuen Konstellation des digitalen Finanzmarktkapitalismus drei ganz unterschiedliche Komponenten zusammengetroffen sind und sich miteinander verwoben haben. Es gilt daher, diese drei Komponenten des digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu beachten und ihr Wirkungsgefüge zu analysieren. Die erste Komponente besteht in der Ausbreitung des Mikrochip als neuem Grundstoff der industriellen Welt sowie der Digitalisierung der Produktion, des Alltagslebens und der Information, der Medien und Kommunikation. Die zweite Komponente besteht im Paradigmenwechsel der makroökonomischen Leitprinzipien: Der nachfrageorientierte, auf soziale Sicherheit und den Ausgleich von materiellen Disparitäten gerichtete Keynesianismus wurde abgelöst durch die angebotsorientierte Theorie des Monetarismus, die in den Wirtschaftswissenschaften von der Chicago School um Milton Friedman vertreten wurde. Uns interessieren die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Komponenten, deren Rückwirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung nach 1975/80 und die Dynamik des Wandels seither. Die dritte Komponente besteht in einem Gesellschaftsmodell und Menschenbild, das auf die Entfaltung des Individuums, die schöpferische Kraft seiner Kreativität setzt und in paradoxer Form Authentizität und Flexibilität aufs engste miteinander verbindet. Im Leitbild des »unternehmerischen Selbst« hat dieses Ordnungsmuster wirkungsmächtige Motivationskraft zunächst für kleine Minderheiten, dann aber für eine immer größere Zahl von Menschen entfaltet. Darüber hinaus diente es auch noch als plausibles Legitimationsargument bei der Umgestaltung von Großorganisationen, bei der Neujustierung der Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Individuum und Gesellschaft.

Die ökonomischen Leitvorstellungen von John Maynard Keynes stammten aus den 1930er Jahren und wurden von der Erfahrung gesteuert, daß zunächst der Erste Weltkrieg in den Industriegesellschaften das Empfinden von Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft zerstört hatte und dann die Weltwirtschaftskrise es erforderlich machte, durch steuerndes Eingreifen des Staates ein neues Gleichgewicht in Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfestigte sich das keynesianische Konzept zum Ordnungsmodell des »liberalen Konsenses« im Rahmen der Marktwirtschaft. Der Wirtschaftsboom seit den 1950er Jahren

lieferte hierzu die notwendige materielle Grundlage. Erst die wirtschaftliche Umbruchszeit der Ölpreisschocks von 1973 und 1979 stellte diesen Konsens in Frage. Monetaristische Vorstellungen gewannen an Überzeugungskraft, seit die politökonomische Steuerungskompetenz des keynesianischen Modells erschöpft zu sein schien. An dessen Stelle wurde, wirtschaftsideologisch, ein Modell gesetzt, welches dem individuellen Interesse des Kapitaleigners den unbedingten Vorrang einräumte vor dem konsensualen Interesse der Vielen mit unselbständigem Einkommen und dem Wunsch nach sozialer Sicherheit. Die wirtschaftsideologische Rhetorik des alsbald »neoliberal« genannten neuen Modells pointierte allein auf das individuelle Eigeninteresse hin. Das Gemeininteresse der Gesellschaft kam darin nicht vor. Diese Rhetorik bezeichnete das Interesse an persönlichem Vorteil und Gewinn als zeitgemäß und verantwortungsbewußt. Damit qualifizierte sie es als moralisch höherwertig gegenüber der Orientierung am »liberalen Konsens«, der jetzt als überholt, träge und bequem denunziert wurde.

Das Gesellschaftsmodell und Menschenbild, welches wir als dritte Komponente zu beschreiben versuchen, entwickelte sich zunächst als kapitalismuskritische Auffassung, die in dialektischem Sinne gegen die konformistischen Tendenzen der westeuropäischen Gesellschaften während der Wachstumsperiode opponierte. In dieser Perspektive waren die Aufbrüche und Traditionsbrüche von 1968 eben auch die Geburtsstunde eines »neuen Geists des Kapitalismus«,⁴ der sich nur dadurch herausbilden konnte, daß er neue Forderungen nach Entfaltung von Kreativität und Autonomie sowie die Kritik an Hierarchie und Bürokratie aufnahm und in neue Managementkonzepte, Unternehmerbilder und Unternehmensziele transformierte. In der Epoche nach dem Boom trafen mithin die ursprünglich einander gänzlich fremden Komponenten der Digitalisierung in Technik und Information, die individualistische Wirtschafts-ideologie aus dem Geist des Monetarismus und die neuartige libertäre beziehungsweise künstlerische Gesellschafts- und Kapitalismuskritik aufeinander. Erst dieses Zusammentreffen hat die ökonomische und kulturelle Transformationskraft erzeugt, die den Industriestaat und die Industriegesellschaft gewissermaßen neu konfiguriert hat. Das begann im Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren und wurde ein bis anderthalb Jahrzehnte später in der Breite spürbar.

Seit 1990 verschmolz das Geschehen mit den Auswirkungen des Zusammenbruchs in den Ostblockländern, weshalb in der zeithistorischen Darstellung dieser Faktor als verstärkendes Element mitbedacht werden muß.⁵ Der Kollaps der östlichen Volkswirtschaften kam zustande, weil die Anlagen und Produktionsstrategien des alten Industriesystems verschlissen waren und es seit 1970 versäumt worden war, die Produktion an Techniken der Automatisierung und die Computersteuerung anzupassen. Je intensiver der Wandel im Westen wirkte und je mehr sich in den östlichen Ländern Formen der Konsumgesellschaft ausbreiteten, desto mehr nahm der Druck auf Management und politische Klasse in den staatssozialistischen Ländern zu. Unruhen und Protestbereitschaft in der Bevölkerung ließen die längst schon bankrotten Staaten schließlich in sich zusammensinken. Gewiß ist das Ende des Ost-West-Konflikts, ist die Öffnung der abgeschotteten Welt des »Ostens« hoch zu veranschlagen, weil erst danach das Phänomen der weltumspannenden transnationalen Kommunikation von Ideen, Waren und Kapitalien spürbar werden konnte. Aber die Implosion der Ostblockstaaten dürfte durch die technisch-wirtschaftliche Entwicklung im Westen seit etwa 1980 maßgeblich mitverursacht worden sein. Das ist der Grund, warum wir die Entwicklung bis zum Zusammenbruch 1989/90 als »Begleiterscheinung« des Geschehens in den westlichen Industrieländern klassifizieren.⁶

Die Folgen von Öffnung und Angleichung sowie die Basisprozesse der transnationalen Kommunikation, die seit der Verfügbarkeit des *world wide web* (1995) von Monat zu Monat an Tempo gewannen, bilden einen genuinen Bestandteil der Epoche nach dem Boom.⁷ Das bedeutet: Nach einer Anbahnungsphase von etwa 25 Jahren wurde die Eigenart der veränderten Welt sichtbar. Seitdem beherrschte sie das Denken und Handeln in der Öffentlichkeit der Industrieländer. Der frühe, allgemein verbreitete Begriff zur Beschreibung des ungewohnten Geschehens war »Globalisierung«.⁸

Vor dem Hintergrund einer solchen Deutung betonen wir die Wechselwirkungen zwischen zunächst noch weit auseinanderliegenden Entwicklungen und Akteuren und unterstreichen dementsprechend die Spezifika von Entwicklungen in den westeuropäischen Ländern im Vergleich zur Anpassungs- und Strukturkrise der sozialistischen Gesellschaften des östlichen Europa im selben Zeitraum. Ein »Krisenmodell«, das die Industrieländer generell

erfaßt, so unsere Überzeugung, muß die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Gesellschaftstypen und die sich daraus ergebenden Differenzen in den Abläufen und Ergebnissen der Wandlungsprozesse beachten. Der Aufstieg des digitalen Finanzmarktkapitalismus erfolgte in den Ländern Westeuropas als ein Prozeß, der sowohl durch gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Impulse in den einzelnen Gesellschaften vorangetrieben wurde, wie auch durch externe Faktoren, etwa Marktzwänge oder kulturelle Transfers. Zur Entwicklung in Osteuropa liegen noch viel zu wenig einschlägige Informationen über Bedingungen und Verlauf des Strukturwandels vor. Den Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989/90 als Bedingung im Transformationsgeschehen »nach dem Boom« zu bezeichnen, ist zunächst einmal ein politikgeschichtliches Argument – bezogen auf das große Einzelereignis und dessen Charakter als Zäsur in den Staatenbeziehungen und in den Gefühlslagen der betroffenen Menschen. Das Bedingungsgefüge des mittelfristig verlaufenden komplexen Geschehens gerät damit aber gar nicht ins Blickfeld.

II.

Die Thesen des Buchs sind in der Fachöffentlichkeit mit Zustimmung und konstruktiver Kritik aufgenommen worden. Wir betrachten die Kernpunkte der Kritik als produktive Herausforderung, mit der wir uns an dieser Stelle auseinandersetzen wollen. Daß unsere Thesen vorläufig sind und bleiben müssen, ist dem Konzept geschuldet. Es skizziert das historische Geschehen seit etwa 1970 in aller Kürze und versucht das Terrain zu beschreiben, von dem unsere eigenen und, so hoffen wir, zahlreiche weitere Forschungen den Ausgang nehmen werden. Erst dann kann es gelingen, das Gesamtgeschehen analytisch in den Griff zu bekommen. Deshalb erzählt das Buch nicht »die Geschichte« der vergangenen vierzig Jahre, sondern ist dem Anspruch verpflichtet, die gegenwartsnahe Zeitgeschichte perspektivisch zu erfassen, um der Forschung Wege zu bahnen.

Die Kritik richtet sich vornehmlich auf den Begriff, mit dem wir den Beginn einer Epoche eigenen historischen Rechts kenntlich machen: *Strukturbruch*; und auf den weiteren Begriff, der uns dazu dient, die Eigenart des Geschehens zu klassifizieren: *sozialer*

Wandel von revolutionärer Qualität. Die kritischen Argumente kreisen um unsere Feststellung, daß weder Strukturbruch noch revolutionärer Wandel von einem einzigen Punkt her analysiert werden könnten, weil sie kein einheitliches Szenario abbilden.⁹ Dann, so heißt es,¹⁰ sei es auch nicht sinnvoll, pauschal einen Bruch als ein quasi übergreifendes, allpräzentes Phänomen zu postulieren und auf die gesamte Gesellschaft, den Staat, die Kultur zu beziehen. Das leuchtet ein. Wir präzisieren dementsprechend, daß der Begriff des Strukturbruchs die Beobachtung von zahlreichen Brüchen an unterschiedlichen Stellen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den westeuropäischen Ländern bündeln soll.

Solche Brüche sind augenfällig, wenn man auf die Entlassungen und dann Schließung von Werften, Stahlwerken oder Zechen und deren Auswirkungen auf Kernregionen der ersten und zweiten Industrialisierung denkt. Solche Brüche sind aber schon weniger deutlich sichtbar, wenn man an die Veränderung der Produktionstechnologien und der Arbeitswelten im Zeitalter der Digitalisierung denkt, nicht zuletzt angesichts wachsender internationaler Konkurrenz; dennoch sind auch sie hier gemeint. Darüber hinaus ist der Begriff hilfreich, um die Privatisierungswelle im europäischen Fernsehen und ihre Auswirkungen analytisch zu fassen. Unsere These vom Strukturbruch (im Singular) steht in enger Beziehung zur Leithypothese, daß die ganz unterschiedlichen »Brüche« sämtlich dazu beitragen, die neuartige Konstellation des digitalen Finanzmarktkapitalismus voranzutreiben.

Wir sind uns bewußt, daß diese Betonung von Brüchen und deren Rückwirkung auf andere Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur auf den ersten Blick in Widerspruch gerät zu der anderen Beobachtung, wonach Kontinuitätslinien in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aus der Zeit des Booms in die nachfolgenden Jahrzehnte hineinreichen. Es wäre historisch geradezu widersinnig, einen glatten Bruch innerhalb hochkomplexer Transformationsprozesse zu postulieren. Deshalb haben wir betont, daß die Kategorien *Strukturbruch* und *sozialer Wandel von revolutionärer Qualität* kein einheitliches Szenario abbilden. Der dynamische Wandel nach dem Boom kann nur dann angemessen erfaßt werden, wenn man auch die Gegenteilstendenzen, die Kontinuitäten und das Verharren, in den Blick nimmt – das europäische Sozialstaats-Modell etwa oder die relative Zukunftssicherheit der

Rentner. Unser Argument jedoch zielt dahin, daß Wandel sich auch innerhalb des Verharrenden, innerhalb klarer Kontinuitäten, vollziehen und revolutionäre Qualität entfalten kann.

Für die weitere zeitgeschichtliche Diskussion dürfte es nützlich sein, drei Perspektiven aufzuzeigen, die sich aus der bisherigen Diskussion ergeben:

Erstens ließe sich die Epoche »nach dem Boom« als eine Übergangsphase konzipieren, in Analogie etwa zum kontinentalen Europa zwischen 1789 und 1848. Damit wird die Janusgesichtigkeit der Entwicklung deutlicher hervorgehoben. Ganz ähnlich der Epochenbezeichnung »Vormärz«, die ja vom Endpunkt der Zeitspanne her gedacht ist, lassen sich die Jahrzehnte »nach dem Boom« vom gegenwärtigen Zustand des digitalen Finanzkapitalismus im Zeitalter der deregulierten Globalisierung her interpretatorisch fassen. Damit allerdings würden die Perspektiven viel verbindlicher festgeschrieben, als wir es in den nachstehenden Kapiteln ursprünglich beabsichtigt hatten. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß einiges dafür spricht, die mittleren 1990er Jahre als mögliches Ende einer solchen »Übergangsphase« zu betrachten. Zwischen 1994 und 1998 wuchsen alle Indikatoren für die Durchsetzung des digitalen Finanzmarktkapitalismus geradezu sprunghaft. Das Netzwerk des rheinischen Kapitalismus mit seinen engen Verbindungen zwischen Banken, Versicherungen und industriellen Großunternehmen löste sich erst jetzt, dafür aber um so rascher auf. Zehn Jahre später waren diese Verflechtungen verschwunden.¹¹ Das Wachstum der internationalen Finanzmärkte selbst beschleunigte sich in diesem Zeitraum, vorangetrieben durch anhaltende Deregulierungen, die seit den 1980er Jahren schrittweise an den westeuropäischen Finanzplätzen umgesetzt worden waren, und durch die Fortschritte der Informationstechnologien. Das *world wide web* zog seit 1995 immer mehr Benutzer in seinen Bann. In Deutschland versechsfachte sich die Nutzerzahl von 1997 bis 2001 von 6,5 auf 38 Prozent der Bevölkerung. Die 1992 deregulierten Telekommunikationsmärkte erreichten am Ende der 1990er Jahre schließlich die Mehrheit der Bevölkerung.¹² Eine zweite Privatisierungswelle erfaßte um diese Zeit nach britischem Vorlauf auf breiter Front auch die übrigen westeuropäischen Staaten. Schließlich markierten die Verträge von Maastricht und Amsterdam auf europäischer Ebene wichtige Endpunkte auf dem Weg zur Durchsetzung der Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion, die im wesentlichen den Spielregeln des neuen (neo) liberalen Modells folgte. Gegen die Überlegung, hier eine Zäsur zu postulieren, spricht allerdings die Tatsache, dass die Einschnitte in der nationalpolitischen Entwicklung der europäischen Länder während dieser Jahre kaum Anzeichen für eine verstärkte Synchronität bieten. Bestenfalls ließe sich darauf hinweisen, daß sich in diesen Jahren auch die großen westeuropäischen Linksparteien endgültig von den Resten keynesianischer Politik verabschiedeten. Mit Tony Blairs »New Labour« wurde für mehr als zehn Jahre die wirtschaftspolitische Anpassung an den digitalen Finanzmarktkapitalismus und seine »neue Ökonomie« zur Norm europäischer Sozialdemokratie erklärt und als Erfolgsmodell *par excellence* ausgeflagt.

Zweitens könnte man die Symboljahre 1968 und 1973 nutzen, um sie als Chiffren für den Beginn einer Epoche »nach dem Boom« zu präsentieren, welche durch das Nebeneinander unterschiedlicher Tempi und geschichtlicher Zeiten in den verschiedenen Teilsystemen beziehungsweise Handlungsfeldern »der« Gesellschaft bestimmt ist. Dem (relativen) Bedeutungsschwund nationaler Politik und dem wachsenden Gewicht grenzüberschreitender Vernetzungen und Transfers seit den 1970er Jahren entspräche dann auch in der zeitgeschichtlichen Historiographie der Verzicht auf einheitliche Periodisierungsvorschläge mit Blick auf »die« Gesellschaft oder »die« Nation. Dann zöge sich die Fachdisziplin auf die sorgfältige Bestimmung der »Eigenzeiten« der jeweils untersuchten Institutionen, Funktionsbereiche oder sozialen Gruppen zurück und würde es anderen überlassen, die gegenwartsnahe Zeitgeschichte in ihrer schier undurchschaubaren Vielfältigkeit zu beschreiben und deren Eigenart zu erschließen. Fachwissenschaftlich ließe sich damit zweifellos ein höheres Maß an Eindeutigkeit und Präzision erreichen, aber der Preis wäre hoch. Denn Orientierungshilfen zur Standortbestimmung im Hier und Heute könnten dann kaum noch angeboten werden. Jegliche Beteiligung an Gegenwartskontroversen aus der Perspektive zeithistorischer Diagnostik und des zeitgeschichtlichen Fachwissens würde schwieriger. Vor allem aber würde unfreiwillig einer Enthistorisierung der Gegenwart zugearbeitet. Fachintern gerieten zeittypische Zusammenhänge und Wechselwirkungen alsbald aus dem Blick, oder sie würden infolge einer solcher Perspektive kaum noch wahrgenommen. Die Beobachtung, daß es ein Nebeneinander geschichtlicher Verlaufsgeschwindigkeiten in

verschiedenen Handlungsfeldern von Gesellschaften gab, darf nicht dazu verleiten, auf den Versuch einer – zunächst womöglich allzu vereinheitlichenden – Periodisierung beziehungsweise Systematisierung des Geschehens zu verzichten.

Drittens geht es um die Art und Weise, in der die Janusgesichtigkeit unserer Epoche die Lebenswelten und Kollektivbiographien sozialer Gruppen geprägt hat. Das Nebeneinander von Kontinuitäten und Strukturbrüchen, aber auch die stillen Effekte sozialen Wandels haben sich seit den 1980er Jahren zunehmend im Auseinandertreten altersspezifischer Erfahrungen, Erwartungen und der Antizipation von Zukunftsrisiken niedergeschlagen. Damit traten generationsspezifische Unterschiede in den Vordergrund, die quer zu den nach wie vor recht stabilen Klassen- beziehungsweise Schichtungslinien der westeuropäischen Gesellschaften verliefen. Insgesamt wurden für die Alterskohorten, die in den 1980er Jahren in die Berufswelt eintraten, die generalisierten Aufstiegserwartungen der älteren Generation brüchig oder gar illusorisch. Überall dort, wo Jugendarbeitslosigkeit einerseits und Verteuerung von Wohneigentum oder Wohnraum andererseits parallel verliefen, wie das in Frankreich, Italien oder Großbritannien der Fall war, traten und treten scharf die Statusunterschiede und Ungleichheit der Chancen zum einen zwischen Besitzlosen hier und Erben dort, zum andern zwischen einer gesicherten älteren Generation von Erwerbstätigen und den nachwachsenden Alterskohorten besonders scharf hervor.¹³ Es ist deshalb kein Zufall, daß das Mannheimsche Konzept der Generation in der Zeithistorie, aber auch in der Soziologie derzeit besonders aufmerksam rezipiert wird. Den Generationseffekten seit den 1980er Jahren gilt in der zeitgenössischen Selbstbeobachtung aller westeuropäischen Länder eine beträchtliche publizistische Aufmerksamkeit.

III.

Was wir als *sozialen Wandel von revolutionärer Qualität* bezeichnen, vollzieht sich nicht gleichförmig und ist nicht überall anzutreffen. Dennoch halten wir es für falsch, bestimmten Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten ihren revolutionären Charakter abzuspreehen, weil sie sich kontinuierlich ausbreiteten und erst allmählich ins allgemeine Bewußtsein eindrangten. Zwei große Pro-

zesse seien hier noch einmal in Erinnerung gerufen. Das ist, zum einen, die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen. In 20 Jahren, zwischen 1973 und 1993, stieg die Erwerbsquote in den westeuropäischen Ländern kontinuierlich an, von 44,7 auf 60,6 Prozent. Die revolutionäre Qualität dieses Prozesses wird besser sichtbar, wenn man sich vor Augen hält, daß sich im selben Zeitraum die Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen mehr als halbierte, von 44 auf 19,5 Prozent. Die Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben ist zum Normalfall geworden. Sie bestimmt die Zukunftserwartungen und Strategien der unterschiedlichsten Akteure, seien es Unternehmern, Politiker oder Paare und Familien, seien es heranwachsende Mädchen und junge Frauen. Dieses Bündel kleiner Veränderungen ergibt zusammengenommen ein Gesamtbild, das die Unterschiede zwischen der Zeit um 1995 oder 2010 zu der um 1973 markant hervortreten läßt.

Zum andern bietet die Expansion des Bildungswesens ein Beispiel für solchen Wandel. Jahr für Jahr schrieben sich mehr Studierende ein, erwarben mehr Hochschuldiplome. Seit den großen Reformdebatten der 1960er und frühen 1970er Jahre vollzog sich das geradezu unauffällig, fast wie ein Naturprozeß. An dessen Ende steht ein tiefgreifendes Legitimationsdefizit der Bildungspolitik, weil deren Zielsetzungen sowie die Leistungsfähigkeit von Schulen und Hochschulen je länger je weniger harmonieren.

Schließlich bietet die Ausbreitung der neuen digitalisierten Informationstechnologien vielfältige Beispiele dafür, wie ihre Verbreitung nicht bloß schnellere und billigere technische Lösungen, sondern zugleich auch neue soziale und kulturelle Praktiken hervorgebracht hat. Gerade im Fall der Digitalisierung ist auch zu beobachten, daß es zunächst relativ lange dauerte, etwa 20 Jahre, bis nach der Entwicklung der grundlegenden Innovationen und deren Nutzung durch Spezialisten flächendeckend alle Wirtschaftsbereiche und schließlich die Alltagswelt der Bevölkerungsmehrheiten erfaßt worden ist. In der Jugendkultur etwa haben in den letzten 15 Jahren Netzwerk-Kommunikation und Virtualität zu einem tiefgreifenden Wandel beigetragen. Man erkennt die revolutionären Veränderungen deutlich, wenn man zum Vergleich die revolutionären Jugendkulturen der 1970er Jahre heranzieht, die damals ihrerseits durch neue Kommunikationsmedien und Konsumstile geprägt wurden. Traditionelle Bindungen an Verein, Jugendclub oder

die Jugendorganisationen von Parteien oder Gewerkschaften werden durch überwiegend virtuelle Gemeinschaftsbildungen ersetzt. Schichtenübergreifend läßt sich zudem die gespaltene Existenz in zwei Welten beobachten – in einer virtuellen, nicht selten Identität prägenden und insofern durchaus »realen« Welt und einer Alltagswelt mit den Erwachsenen, die oft nur wie durch einen Schleier wahrgenommen wird. Das sind Erscheinungsformen von Wandel in der Lebenswelt der Jugend. Verzahnt mit den Transformationschüben in anderen Feldern des gesellschaftlichen Lebens erweist sich diese Entwicklung als signifikantes Phänomen in der Epoche nach dem Boom.¹⁴ Kurz: Auch was sich allmählich vollzieht, kann revolutionär sein. In der Jugendkultur jedenfalls wirken Veränderungen prägend, die bereits aus der Fusion der beiden Komponenten – technische Digitalisierung und Höherwertung des individuellen Interesses vor Gemeinschaftsbindung – hervorgegangen sind.

IV.

Es wäre falsch, die Prozesse der gegenwartsnahen Zeitgeschichte in eine Erzählung einmünden zu lassen, die allein Verlust und Niedergang beschreibt, wo doch der Wandel zugleich Neues, Anderes, Vorwärtsweisendes hervorbringt. Heute steht allerdings die Frage im Vordergrund, wie die Veränderungsdynamik auf das System der parlamentarischen Demokratie, mithin auf den Zusammenhang von Gesellschaft und Staat, einwirkt. In der aktuellen Meinungsbildung der politikwissenschaftlichen Demokratieforschung werden daher Befangenheiten laut, die eher Verluste beschreiben als auf Vorwärtsweisendes zu deuten. Damit soll abschließend auf einen Themenbereich verwiesen werden, den wir in unserem Essay nur am Rande behandelt haben, dessen Bedeutung unter dem Eindruck jüngster Entwicklungen jedoch zunehmend deutlich hervortritt. Diese Entwicklungen laufen auf eine Erosion etablierter Volksparteien und Partizipationsformen hinaus.

2009 wurde schwerpunktmäßig über die Erosion der sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Ländern diskutiert.¹⁵ Die teils politologischen, teils publizistischen Analysen lesen sich als Fallstudien zu den Kategorien »Strukturbruch« und »revolutionärer Wandel«. Es geht im Kern um die längerfristige Erosion sozialdemokratischer Identität und milieugebundener Homogenität

seit den 1970er Jahren,¹⁶ die ihren Kulminationspunkt mit der Regierungsübernahme von Tony Blair und Gerhard Schröder erreichte, durch deren Wahlerfolge und Medienattraktivität allerdings überdeckt worden ist. Die Reflexionen über sozialdemokratische Politik in Europa sind in den weiteren Zusammenhang der transnationalen Entwicklungen nach dem Boom eingebunden.¹⁷ Sie fragen nach den Bedingungen und Wirkungen der Politik eines »Dritten Weges« und der »Neuen Mitte« seit den späten 1990er Jahren.¹⁸ Sie fragen nach den Ursachen für den Verlust sozialdemokratischer Identität in der Arbeiterklasse nach dem »Abschied von der Proletarität«¹⁹ und bei den Menschen aus kleinen Verhältnissen, die nach oben wollten. Die Diskussion über die Transformationskrise der Sozialdemokratie in den europäischen Industrieländern kreist um das Kernproblem einer politischen Gesellschaftsgeschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Wo ist der Ort für die parteipolitische Repräsentation der Arbeiterbewegung, seit es das Industriesystem des montanindustriellen Zeitalters, dessen Arbeiterkultur und den milieu- und lagerbedingten Zusammenhalt nicht mehr gibt? Zugespitzt formuliert: Was ist sozialdemokratisch und wer ist Sozialdemokrat im Zeitalter des digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus? Dieselbe Frage wird auch an den politischen Liberalismus und den bürgerlichen Konservatismus zu richten sein, aber bis dort ist die Diskussion noch nicht vorgedrungen. Konzentrieren wir uns also auf die Frage nach Aspekten revolutionären Wandels in der Transformationskrise der europäischen Sozialdemokratie.

Die Basisprozesse in der Entstehungsphase des digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus wiesen allesamt Merkmale auf, die dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Parteien und den Zukunftserwartungen in Milieu und Wählerschaft kraß widersprachen. Als das Ordnungsmodell der fiskalpolitischen Globalsteuerung von Produktivität und Wachstum zu Beginn der 1970er Jahre seine Geltung einbüßte und die öffentliche Kritik am keynesianisch grundierten Maßstab des liberalen Konsenses zunahm – das waren Appelle an die Selbstverantwortung der Arbeitnehmer für das persönliche Fortkommen sowie Formeln nach dem Muster »Leistung muß sich wieder lohnen«, mit denen Konsensliberalismus und Konsenskapitalismus²⁰ als leistungsfeindlich, die Faulheit fördernd, ja »sozialistisch« denunziert wurden –, da setzte die Erosion des soziopolitischen Kontextes ein, in dem sich die Sozialdemokratie

während der Boom-Ära hatte entfalten können. Daran gewöhnt, ja darauf fixiert, Neuerungsprozesse voranzutreiben, weil die Modernisierungstheorie den »Fortschritt« zur Norm und ein progressives Bewußtsein zur Pflicht machte, wuchs seit den 1960er Jahren eine Generation heran, die nach 1980 in der Parteipolitik nach vorne rückte und im Bewußtsein der eigenen Fortschrittsorientierung tätig wurde. In der Bundesrepublik nannte man sie die »Enkel« Willy Brandts,²¹ in Großbritannien war es die Gruppe um Tony Blair, der als Protagonist von New Labour mit guten Gründen zu den politischen »Söhnen« von Margaret Thatcher gezählt wird.²² Deutlicher traten die Generationsunterschiede in Frankreich oder Italien zu Tage. Dort übernahm unter Mitterrand die »amerikanische« Linke nach dem Scheitern des »Keynesianismus in einem Land« 1983 die Regierungsgeschäfte, während im Italien der Ära Craxi (1983-87) eine neue Garde pragmatischer junger Realpolitiker, Modernisierer und Geschäftemacher an die Spitze der sozialistischen Partei und der damaligen Regierungskoalitionen rückte. Sie manövrierten sich und ihre Partei ins Epizentrum der Korruptionsskandale, welche 1992-94 die alte Parteienordnung der italienischen Nachkriegsdemokratie zum Einsturz brachten.²³

Halten wir fest: In den 1970er Jahren erodierte die Infrastruktur des Industriesystems der Boom-Ära. Der Keynesianismus als wirtschaftsideologisches Ordnungsmodell eines liberalen kapitalistischen Konsenses und staatlicher Globalsteuerung wirkte politisch überholt, doktrinär und beengend. Neue Parolen kündigten den Durchbruch einer anderen Wirtschaftsideo­logie an, die mit dem makroökonomischen Konzept des Monetarismus die Überzeugung propagierte, daß das größte Glück der größten Zahl dann zu erreichen sein würde, wenn das Interesse des Individuums im Wirtschaftsgeschehen dominierte und nicht das Interesse eines politisch oder ideologisch postulierten Ganzen. Unter der Parole der »Freiheit« setzte eine Welle von Privatisierungen öffentlichen Eigentums ein, deren ökonomische Ineffizienz zu Lasten des Steuerzahlers inzwischen empirisch nachgewiesen wurde.²⁴ Doch in dem Maß, in dem sich der Staat aus seinen öffentlichen Pflichten durch wirtschaftlich nutzlose und kostspielige,²⁵ allein ideologisch induzierte und vom privaten Gewinninteresse vorangetriebene Privatisierungen herauszog, verminderte sich auch seine Akzeptanz in der Gesellschaft.

Die traditionelle Wählerschaft sozialdemokratischer beziehungsweise linker Parteien mag erwartet haben, daß sich ihre politischen Repräsentanten einer solchen Entwicklung entgegenstellten. Seit 1997/98 war jedoch genau das Gegenteil zu beobachten. Ausgehend von Großbritannien und flankiert vom »Schröder-Blair-Papier« mit dem Titel »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten«, wurde die Politik des »Dritten Weges« nun dahin profilscharf ausgestaltet, daß sozialdemokratische Regierungen es gerade als genuin sozialdemokratische Aufgabe deklarierten, dem Finanzmarkt zu willfahren und soziale Verantwortlichkeiten dem Zugriff der »Freiheit« zu öffnen.²⁶ »Freiheit« wurde zum Mantra eines Vorgehens, welches mit regierungsamtlicher Billigung die materielle Substanz der Gesellschaft privatisierte und einem ideologischen Verständnis von Wettbewerb anheimgab. Damit setzte eine Umverteilung des Einkommens in großem Stil von unten nach oben ein, die Schere zwischen arm und reich öffnete sich weit, und die Anzahl von Menschen an der Armutsgrenze nahm in dem Maße zu, wie die Zahl der Höchstverdiener im Management stieg. Die sozialdemokratische beziehungsweise linke Klientel hatte von ihren Regierungen eher Maßnahmen in die entgegengesetzte Richtung erwartet und reagierte zunächst irritiert und enttäuscht, bis die Enttäuschung dem Zynismus wich und am Ende das Vertrauen in die politischen Repräsentanten verbraucht war. Diese Prozesse vollzogen sich ebenso in Italien und Frankreich, die seit den 1980er Jahren einen periodischen Wechsel von Mitte-Rechts und Mitte-Links-Regierungen erlebten, und betrafen dort die gesamte Linke unter Einschluß der kommunistischen Parteien beziehungsweise ihrer Nachfolgeorganisationen, die länger als ihre sozialistischen Schwesterparteien die neue neoliberale Rahmenordnung ablehnten.

Dies ist die Beschreibung eines Prozesses, der als *Wandel von revolutionärer Qualität* zu fassen ist. Hier wurden Traditionen preisgegeben und Bindungen gekappt, deren Vorhandensein es gewährleisten würde, den unausweichlichen Wandel in der digitalisierten und globalisierten Welt abzupuffern und für den einzelnen Menschen mitvollziehbar zu machen. Bislang ist die Frage offen geblieben, warum es gerade unter sozialdemokratischen Politikern seit den mittleren 1990er Jahren zur Norm wurde, die moralische Rücksicht auf Empfindungen des Milieus und der Stammwählerschaft preiszugeben. Als ein möglicher Grund wird die Tatsache an-

geführt, daß Protagonisten wie Blair oder Schröder mitsamt ihrer Gefolgschaft zu einem erheblichen Teil nicht aus sozialdemokratischen Familien stammten, in den 1960er und 1970er Jahren jedoch den Willen zum sozialen Aufstieg durch Bildung und akademische Qualifikation internalisiert hatten. Als sie oben angekommen waren, orientierten sie sich im Inferioritätsgefühl des sozialen Aufsteigers allein an den Herren über den Trend, den Eliten im Bankwesen und der Industrie sowie den Ideologen der entriegelten Marktwirtschaft in den Wirtschaftswissenschaften.²⁷

Das mag sein. Es sind Feststellungen, die erklärtermaßen auch aus Enttäuschung und Empörung über die vorschnelle Preisgabe sozialdemokratischen Selbstverständnisses formuliert wurden.²⁸ Sie verweisen aber auf bestimmte Kontinuitätslinien, die aus der Boom-Epoche in die Jahrzehnte nach dem Boom führen, indem hier auf soziale Mobilität, Emanzipation aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu und Statusgewinn als Triebkräfte im Verhalten bestimmter Altersgruppen hingewiesen wird. Vor dem Hintergrund unserer Forschungen, in denen wir teilweise mit ideengeschichtlichem Ansatz arbeiten, drängt sich allerdings die Frage auf, inwieweit die Norm der »progressiven« Kräfte aus den späten sechziger, frühen siebziger Jahren, den »Fortschritt« zu repräsentieren und stets Avantgarde, niemals jedoch Nachhut zu sein, zu einem fest verinnerlichten Bestandteil der Selbstwahrnehmung und des politischen Handelns wurde. An der Wende zum 21. Jahrhundert war es schick, auf der Welle des finanzmarktkapitalistischen Fortschritts zu reiten. Doch die bekannte Tatsache, daß die Preisgabe öffentlicher Güter an die Interessen privater Investoren und Anteilseigner zum Muster des zeitgenössischen Regierens von rechts bis links, von Berlusconi über Stoiber bis zu Schröder und Blair, geworden ist, verweist darauf, daß eilfertige Anpassung und grassierender Vertrauensverlust der europäischen Sozialdemokratie nur ein Teilelement des Wandels bezeichnet, dessen revolutionäre Qualität im Zusammentreffen mit weiteren Teilelementen besteht.

Der Strukturbruch, von dem wir in diesem Buch sprechen, hat viele Facetten und der revolutionäre Wandel auch. Das wird gerade dann in aller Schärfe sichtbar, wenn man die Kontinuitäten, die gegenläufigen Faktoren und die scheinbar immergleiche Normalität in manchen Lebensvollzügen mitbedenkt. Darauf hat die Kritik an unserem Essay dankenswerterweise deutlich hingewiesen. Als

Historiker wissen wir, daß noch keine Revolution schlechthin alles beiseite geräumt hat. Aber es gilt herauszufinden, was warum und wann zum Verschwinden gebracht wurde. Das Schloß von Versailles jedenfalls leuchtete im Jahr der Finanzmarktkrise schöner denn je.

Einleitung zur 1. Auflage

Zwei Zeithistoriker diskutieren über die Herausforderung und die Schwierigkeiten, der gegenwartsnahen Zeitgeschichte eine intellektuelle Perspektive und hinreichende Problemorientierung zu geben. Zur Praxis der zeithistorischen Wissenschaft gehört es, daß sie sich an äußeren Voraussetzungen orientiert. Die Sperrfristen der Archive beeinflussen vielfach die Grenze, bis zu der historische Forschung vorangetrieben werden kann. Gedenktage wirken allenthalben dahin, daß ein Datum, nicht aber ein Problem zum Gegenstand historischer Reflexion genommen wird. Die Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden Schritt für Schritt durchmessen. Derzeit stehen die 1970er Jahre im Zentrum, erste Annäherungen an die 1980er Jahre sind erfolgt. Die 1960er Jahre zogen vor etwa einem Jahrzehnt das Interesse auf sich, nachdem zuvor lange und ergiebig über die späten 1940er und die 1950er geforscht worden war. Darüber hat sich ein Selbstverständnis in der zeithistorischen Forschung herausgebildet, das sich am *kontinuierlichen Weiterschreiten* von einer Dekade zur anderen orientiert. Die Vorannahme der Kontinuität bestimmt diese Form »dekadologischer« Arbeitsweise.

Zeitgeschichte als Problemgeschichte

Damit droht die Zeitgeschichte in der Routine ihrer Orientierung an Archivfristen, Gedenktagen oder Dekaden intellektuell zu erstarren. Soeben wird medienwirksam das 40. Jubiläum von »1968« inszeniert, 2009 folgt das doppelte Gründungsjubiläum von Bundesrepublik und DDR, verbunden mit der Rückschau auf den Zusammenbruch des Ostblocks vor zwanzig Jahren. Der erinnerungspolitische oder dekadologische Zugriff hat sich vor die Frage nach Problemen und Leitperspektiven geschoben. Was bedeutet es, den Vorschlag von Hans Günter Hockerts ernst zunehmen, daß die Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart zu konzi-

Dieses Buch bietet eine neue Interpretation der jüngsten Zeitgeschichte. Es analysiert die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte – die Zeit nach dem großen Boom der 1950er bis 1970er Jahre – als Strukturbruch und sozialen Wandel von revolutionärer Qualität.

Die Autoren

Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel sind Professoren für Neuere und Neueste Geschichte in Trier und Tübingen. Sie sind durch zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema dieses Buches als Kenner der jüngsten Zeitgeschichte ausgewiesen.

»Prädikat: Zeitgeschichte auf Höhe der Zeit.«
Michael Gerwarth, Deutschlandradio Kultur

ISBN 978-3-525-30013-8



9 783525 300138

www.v-r.de